

## **Protokoll**

### **Attac-Ratssitzung am 7.06.2008 in Hannover (Freizeitheim Ricklingen)**

Beginn 11.30 Ende 16.00 Uhr, Mittagspause 13.30 – 14.20

**Moderation:** Stephan Schilling (bis Mittagspause), Christine Starzmann und Christiane Metzner (nach Mittagspause)

**Anwesend:** Alexis Passadakis, Andreas Beldowski, Barbara Volhard, Brigitte Oehrlein, Chris Methmann, Christiane Metzner, Christine Starzmann, Deborah Ruggieri, Dorothea Härlin, Gerhard Wendebourg, Hanni Gramann, Hardy Krampertz, Hendrik Auhagen, Hermann Gendrisch, Jutta Sprengel-Steinert, Jutta Sundermann, Kerstin Sack, Malte Klar, Marianne Wildberger, Marie-Dominique Vernhes, Marlene Werfl, Mirjam Zeiske, Peter-Ulrich Peters, Peter Trappe, Philipp Jacks, Pirkko Bell, Roland Klautke, Roland Süß, Thomas Löding, Sami Atwa, Stefan Schultheiß, Stephan Krull, Stephan Lindner, Stephan Schilling, Steffen Stierle, Werner Rätz

Gast: Stefan Hügel

**Vorgezogener TOP 4: Das Protokoll der Mitgliederversammlung des Attac-Trägervereins vom 16.12.2007 wird einstimmig genehmigt.**

#### **Beschluss zur TO:**

- Begriffsänderung: statt Wiederanerkennung der AGen soll es Bestätigung der AGen heißen
  - Der TOP aktuelle Brennpunkte und Vernetzungsfragen wird gestrichen
  - Die Mittagspause gekürzt auf 45 Min. und um 13.30 Uhr
  - Ansonsten wird die Tagesordnung wie vorgelegt angenommen
- TOP 1: Schwerpunktthema: Privatisierung öffentlichen Eigentums, Debatte zur strategischen Ausrichtung (Grundsätze und Handlungsorientierung)
- TOP 2: Vorschlag der Vorbereitungsgruppe zur kommenden Ratssitzung
- TOP 3: Anerkennungsantrag der AG Datenschutz und Überwachung sowie Bestätigung der AGen Genug für Alle, Finanzmärkte und Steuern, Globalisierung und Ökologie und EU
- TOP 4: Verabschiedung des Protokolls der letzten Attac-Trägervereinssitzung
- TOP 5: Verschiedenes

#### **TOP 1: Schwerpunktthema: Privatisierung öffentlichen Eigentums, Debatte zur strategischen Ausrichtung Grundsätzlicher Diskussionsteil**

Input Dorothea: (siehe Anlage Thesen zum Thema Privatisierung)

Wichtig ist eine Differenzierung beim Eigentumsbegriff in drei unterschiedliche Formen: persönliches Eigentum, Kapitalbesitz und Gemeineigentum. Diese genauere Bezeichnung kann die Angst vor Enteignung beim persönlichen Eigentum vermindern und ein Bewusstsein für das Gemeineigentum, das uns allen gehört, schaffen und stärken. Dazu gehört auch die Herausbildung eines stärkeren Willens zur Verfügung von uns allen über dieses Gemeineigentum.

Input Barbara: (siehe Anlage wie bei Dorothea und Papier Privatisierung und Demokratie)  
Sie sieht einen engen Zusammenhang zwischen Privatisierung und Überwachung. In dem Maße, in dem den BürgerInnen Einfluss-, Handlungs- und Mitbestimmungsrechte durch die Privatisierungswelle genommen werden, könnte stärkerer Widerstand dagegen aufkommen, bis hin zur Forderung nach Änderung des kapitalistischen Systems. Die Entwicklung zum Überwachungsstaat sei eine Vorsichtsmaßnahme genau dagegen, die Terrorismusabwehr sei nur Vorwand.

Im Abwehrkampf gegen Privatisierungen sieht sie auch Ansatzpunkte auf rechtlicher Ebene, da „Gesetze im Sinne ihrer ursprünglichen Absicht ausgelegt werden können“. Sowohl das Grundgesetz als auch frühere Programme der Parteien – sogar der CDU (siehe Ahlener Programm von 1947 bei Wikipedia) – waren wesentlich gemeinwohlorientierter und kapitalismuskritischer im Blick auf Eigentum als die heutige Praxis.

Im Blick auf unsere Handlungsmöglichkeiten zeigen die beiden laufenden Kampagnen die Richtung auf: Bahn zur Verhinderung der Privatisierung und Stromkonzernkampagne als Beispiel für Re-Kommunalisierung.

Mehr Beachtung sollten wir den ersten Schritten hin zur Privatisierung schenken und schon dagegen vorgehen. Das ist z.B. die Umwandlung der Organisationsform öffentlich-rechtlicher Unternehmen in GmbHs oder AGs. Schon bei dieser Umwandlung wird die öffentliche Kontrolle deutlich eingeschränkt und findet nur noch über Aufsichtsräte statt. Es ist dabei und erst recht bei Teilprivatisierungen auf die Vertragsbedingungen zu achten - die jedoch häufig geheim gehalten werden - inwiefern die öffentliche Hand tatsächlich noch Verfügungsmacht hat. Es wird notwendig sein, Verbindung zu halten mit kommunalen und landespolitischen Entscheidungsträgern, die häufig auch nicht wissen, was eine solche Umwandlung bedeutet, und sie aufzuklären und zu warnen.

Die Bertelsmann-Stiftung überredet auf kommunalen Kongressen – legitimiert durch ihren gemeinnützigen Status – KommunalpolitikerInnen zur Teilprivatisierung ihrer Aufgaben, die dann ihre Tochter Arvato übernimmt (Beispiel Würzburg). Das ist ein Beispiel, wie gemeinnützige Stiftungen mit gewinnorientierten Unternehmen verkoppelt sind: Bekanntmachen und für Aberkennung der Gemeinnützigkeit einsetzen.

Juristische Möglichkeiten prüfen, inwiefern auf der Basis von Art. 20 GG die Einführung eines Gesetzes zur verpflichtenden Volksabstimmung vor jeder Privatisierung von öffentlichem Eigentum möglich und durchsetzbar sein könnte, auch vor internationalen Verträgen, die das Grundgesetz einschränken, wie z.B. der EU-Vertrag von Lissabon.

Bei allem ist es wichtig, Bündnispartner zu gewinnen v.a. Gewerkschaften und Kirchen.

Input Alexis: (siehe auch Anlage)

Es geht um die Frage der öffentlichen Dienstleistungen. Es ist sinnvoll, darüber heute zu sprechen, weil der Kampf gegen Privatisierung an verschiedenen Stellen aktuell ist. Privatisierung ist in attac ein wichtiges Thema und eines der wichtigsten Motti ist „Die Welt ist keine Ware“. Privatisierungspolitik ist in einer Krise, nach seiner Meinung. Es gibt in der Bevölkerung ein kritischeres Bewusstsein (Beispiele Südamerika, Neuseeland und Städte bei uns). Unternehmen, die nicht in privatkapitalistischer Hand sind, spielen eine immer größere Rolle; aber gleichzeitig rollt die Privatisierungswalze weiter, jedoch langsamer (weil schon vieles privatisiert ist). Gesundheit, Bildung, Bundeswehr und hoheitliche Staatsapparate stehen jedoch noch im Blick. Entwarnung kann es nicht geben, aber wir könnten über defensive Abwehrkämpfe hinausgehen. Erfahrung ist, dass defensive Abwehr, auch wenn sie erfolgreich ist, keine längerfristige Lösung ist, es braucht auch neue Beteiligungsmöglichkeiten und Einfluss. Die öffentlichen Unternehmen sind weitgehend in Hand der Verwaltung und es fehlen Mechanismen zur demokratischen Einflussnahme. Die Demokratisierung von öffentl. Dienstleistungen ist daher ein wichtiger Punkt. Es braucht Konzepte für demokratische Strukturen der öffentl. Dienste für jeweils spezifische Bereiche, die müssen entwickelt werden. Oder auch Mitbestimmung durch Bürgerhaushalte. Es geht darum, Staatlichkeit aufzubrechen, die uns die Privatisierungsmisere eingebracht hat – das wäre ein Paradigmenwechsel. Wie sollen öffentliche Einrichtungen eigentlich funktionieren. Wie können soziale Rechte garantiert werden. Nach seiner Meinung durch Umsonst-Ökonomie. Gleichheit herstellen durch Angebot von kostenlosen Dienstleistungen (z.B. Bildungsbereich, ÖPNV, Forderung von kostenloser Stromgrundversorgung ). Ein historischer Rückblick auf die Nachkriegszeit und auf die Funktion öffentlicher Dienstleistungen zeigt, dass sie Mittel waren, um große Teile der Bevölkerung aus Armut herauszuführen. Dafür setzten sich große gesellschaftliche Gruppierungen ein. Die sind heute so nicht mehr vorhanden und deshalb hat attac da eine wichtige Rolle. Es kann jedoch nicht darum gehen, eine sozialdemokratische Politik weiterzuführen, sondern es geht um

anderes; wir brauchen neue und demokratischere Strukturen. Frage ist, ob wir sozialdemokratische Regulierung übernehmen oder unsere Position radikalieren und radikale Demokratisierung fordern. In diesem Sinne ist Umsonst-Ökonomie nichts, was mit links zu tun hat (siehe unsere Schulen), sie kann auch im rein bürgerlichen Paradigma existieren und hat mit linksradikalen Forderungen/Vorstellungen nichts zu tun.

Diskussion:

### **Begrifflichkeit**

„Soziales Eigentum“ wäre eine Alternative zu „Gemeineigentum“. Neue Begriffe könnten Fragen und neues Bewusstsein entstehen lassen.

### **Aktuelle Privatisierungslage**

NRW privatisiert weiter ohne große Widerstände, in kleinen Teilen, die nicht auffallen.

### **Demokratisierung/Subjekte der Demokratisierung**

- Es ist richtig, dass wir demokratischere Strukturen für die öffentlichen Dienstleistungen brauchen, aber es gibt starke Bedenken, ob es überhaupt die Leute gibt, die über die Abwehrkämpfe hinaus sich in/für öffentliche Betriebe engagieren wollen. Die heutigen Abwehrkämpfe verzögern die letztendliche Privatisierung eigentlich nur.
- Das Problem der Politikverdrossenheit und Demokratieentwicklung ist wichtig. Wir sollten uns bei der Privatisierungsthematik nicht festbeißen, aber dranbleiben. Es gibt zwar eine Veränderung im Bewusstsein, aber es ist da noch viel zu tun.
- Es fehlen auch Visionen von anderen Modellen, nicht nur die Leute.
- Die angestrebte Demokratisierung wird durch die gegenwärtige Privatisierungspolitik direkt gefährdet z.B. im Bildungsbereich: die Privatisierung von Bildung wird demokratischem Bewusstsein entgegenarbeiten.
- Privatisierung geht mit einer Kommerzialisierung des Lebens einher. Die versprochenen Gewinne bzw. Verbesserungen sind jedoch nicht eingetreten. Direkte Abstimmungen hätten die Chance, dass Privatisierungen abgewehrt werden, weil die BürgerInnen das mehrheitlich nicht wollen (ohne dass sie deshalb „links“ sind). Die Verbindung von lokal und international ist wichtig. Hinweis auf Buch: Mythen der Ökonomie.
- Das Subjekt der Antiprivatisierungsrichtung sind nicht die Marginalisierten oder Geschädigten, sondern v.a. Menschen, die das Gemeinwesen schätzen, aber nicht unbedingt revolutionär erscheinen. Wir kamen mit Menschen in Kontakt, die über ihr eigenes Interesse auch noch die Allgemeinheit im Blick haben mit durchaus konservativer Ausrichtung. Es gibt auch „positiv“ bewertetes Privateigentum an Produktionsmitteln (Mittelstand). Jedenfalls gibt es einen großen Konsens, dass bestimmte Bereiche nicht der privaten Gewinnmaximierung unterliegen sollen.

### **Frage von privaten oder öffentlichen Unternehmen**

- Auch die nicht privatisierten Betriebe funktionieren heute wie Wirtschaftsbetriebe und private Unternehmen können im öffentlichen Interesse durchaus gut funktionieren. Privat oder nicht privat kann Hinweise geben, aber das ist nicht das alleinige/wichtigste Kriterium. Wichtig ist, wie die Aufgaben erfüllt werden. Im Blick auf den Zwang zur Profitmaximierung allerdings spielt privat oder öffentlich schon die zentrale Rolle. Es geht darum, für jeden Bereich öffentlicher Infrastruktur nach eingehender Prüfung geeignete Lösungen zu erarbeiten.
- Eine Steuerungsmöglichkeit von öffentlichen Aufgaben besteht in der Verknüpfung von demokratischer Kontrolle mit der Eigentumsform.
- Aktuelle Steuerung z.B. auf EU-Ebene verengt jedoch den Handlungsspielraum der Kommunen und öffentlichen Einrichtungen und zwingt sie zu ähnlichem Verhalten wie bei Profitunternehmen (Beispiele: Subventionsverbot, Verbot der Gewährträgerhaftung bei Landesbanken).
- Frage öffentlich/privat macht schon was aus, wenn auch nicht trennscharf. Demokratische Kontrollmechanismen können bei privaten Unternehmen schwer greifen. Beim Beispiel Atmosphäre: durch die Privatisierung (private Verschmutzungsrechte) wird sie zerstört.
- Die Frage von Eigentum erscheint deshalb als unwichtig, weil die Idee von Gemeineigentum vielen Menschen nicht einleuchtet. Natur ist z.B. auch Gemeineigentum –

und wird trotzdem zerstört. Privat oder öffentlich ist nicht unbedingt relevant. Ziel ist die demokratische Kontrolle. Aber auch die Frage, was wollen wir inhaltlich substantiell erreichen. Entscheidend ist z.B. dass das Klima geschützt wird und die Leute mit Energie versorgt werden. Private Unternehmen können z.B. durch öffentliche Regulierung (Erneuerbare-Energie-Gesetz) gesteuert werden.

### **Gedanken als Überleitung zum handlungsorientierten Teil**

- Wie finden wir das Gemeinsame und verlieren uns nicht in Einzelheiten. Bisher ist die Privatisierungs-AG gescheitert, weil sie sich nicht einigen konnte, z.B. wegen unterschiedlicher Meinungen über die Bedeutung von privat und öffentlich. Unabhängig davon, dass auch private Dienstleistungen gut funktionieren können, ist es wichtig, dass die grundlegenden Dienstleistungen in öffentlicher Hand bleiben. Bei privaten Unternehmen gibt es kaum Hebel, kaum Einflussmöglichkeit, bei öffentlichen Einrichtungen ist das wenigstens noch möglich. Die Abwehr ist ein erster Schritt. In diesen Kämpfen engagieren sich Menschen und kreieren dann neue Ideen. Die Menschen, die konkret vor Ort sich engagieren, werden auch Ideen entwickeln. Die Aufgabe von attac wäre es, Leute zu ermutigen, sich zu wehren und auf dieser Grundlage dann Neues zu entwickeln.

### **Handlungsorientierter Diskussionsteil**

Input Dorothea: (Papier Konkrete Schritte gegen Privatisierung, angefangen in Leipzig)

-Treffen von Privatisierungsgegner-Initiativen auf Anregung der Leipziger Attacies. Ergebnis: Zusammenarbeit für Website und nächstes Treffen sowie ESU und ESF als Treffmöglichkeit. Foren und Workshops auf den Maitagen hatten eine Arbeitsgruppe zur Folge aus verschiedenen Städten, die sich vernetzen wollen. Es gibt bereits ein Wiki zum Erfahrungsaustausch und Hinweise zu AnsprechpartnerInnen zu bestimmten Themen. Drehbuch der Privatisierung soll erstellt werden als interessanter Flyer. Ziel ist, dass über die ersten Schritte hin zur Privatisierung informiert wird, aber auch über positive Anknüpfungspunkte. Die Redaktionsgruppe besteht, könnte jedoch noch Unterstützung brauchen.

- Aktionstag am 3.10. ist angedacht (Erinnerungstag Privatisierung der DDR). Mögliches Motto „Offenlegung aller Geheimverträge“.

- Der wissenschaftl. Beirat könnte einbezogen werden. Bei der ESU und ESF könnten die Themen noch weiter thematisiert werden.

Input Hendrik

Die Bahn-Kampagne muss zwar einen Endpunkt haben, aber wir brauchen noch eine Aktion als Ermutigung im Kampf gegen weitere Privatisierungen. Denn inhaltlich haben wir gesiegt, indem 70% der Bevölkerung und auch die Mehrheit des SPD-Parteitags gegen einen Verkauf waren/sind - faktisch haben wir verloren! Im Seitenwechsel von Transnetchef Hansen - just zu diesem Zeitpunkt noch dazu - steckt ein Symbol an Privatisierungsgegner - nämlich im Sinne: "Egal was ihr für Argumente habt und wie viel Rückhalt ihr in der Bevölkerung findet - gegen Privatisierung lässt sich letztlich doch nichts machen". - Das demotiviert und soll demotivieren. Deswegen brauchen wir dagegen eine Ermutigung - und dazu einen gemeinsamen Punkt für verschiedene Initiativen im Bereich Privatisierung - und auch darüber hinaus, die alle vom gleichen Phänomen betroffen sind, nämlich dem Ausverkauf des Gemeinwesens. Darum brauchen wir über die Details der einzelnen Initiativen die Bündelung unter einem gemeinsamen Aspekt - nämlich dem Motto "Nicht alles ist käuflich!" und gegen die Beispiele von Käuflichkeit führender Gemeinwesensvertreter wie Hansen, Wiesheu, Tacke - aber auch im Bereich Mobilfunk und Gentechnik. Diese vielen Beispiele verschiedener "Seiten-Wechsel" könnten Grundlage dazu sein, im Herbst gemeinsam zu einem Aktionstag (keine Kampagne) zu mobilisieren; dabei sollte es auch eine Personalisierung der Seitenwechsler geben (z.B. mit Bild und Vergütungserhöhung), damit diese Skandale nicht einfach in der Versenkung verschwinden. Statt auf die Vermittlung von Detailwissen zu setzen, geht es bei einem solchen Aktionstag darum, einem verbreiteten Gefühl eine mediale Ausdrucksmöglichkeit zu bieten.

### Diskussion:

- „Nicht alles ist käuflich“ als Motto findet Zustimmung.
  - Ein Aktionstag als Zeichen der Ermutigung wird dringend gebraucht.
  - Es gibt Bedenken im Blick darauf, ob sich Leute finden, die einen solchen Aktionstag umsetzen. Evtl. stellt sich die Situation im Herbst auch ganz anders dar. Es ist nicht ganz klar, wie die Mobilisierungssituation vor Ort in den Gruppen ist, es gibt im Blick darauf jedoch auch zuversichtliche Stimmen. Weitere BündnispartnerInnen sind auf jeden Fall notwendig.
  - Termin: 3.10. muss noch gut bedacht werden. Im Blick auf die Verfassungsklage zur Offenlage der Geheimverträge wäre zeitliche Nähe wichtig. Die Aktion könnte vor/beim Verkauf der Bahn-Aktien angesiedelt werden, das könnte im Herbst aber auch schon September sein.
  - Idee: Der Aktionstag ließe sich mit einer Party für die Aktiven der Bahnkampagne verbinden.
  - Gut ist der Flyer „Drehbuch der Privatisierung“.
  - Weitere Ideen:
    - Was sind öffentliche Dienstleistungen – dazu ein Wochenendseminar.
    - Mobilfunkfrequenz wird 2009 privatisiert – davon sind alle betroffen.
- Zur Unterstützung einer Privatisierungs-AG sollte eine halbe Stelle eingerichtet werden, die die Aktivitäten an den verschiedenen Orten unterstützt. Das sollte auf dem nächsten Ratschlag vorgeschlagen werden.

Aufgrund dieser Beiträge erarbeitet eine Kleingruppe folgenden Vorgehens-Vorschlag:  
**Der Attac-Rat findet es wünschenswert, wenn in einer bundesweiten Aktion im Herbst vor Verkauf der Bahn-Aktien der Verkauf öffentlichen Eigentums allgemein thematisiert wird. Dazu gibt es Sondierungen v.a. im Blick auf die Beteiligung verschiedener BündnispartnerInnen und im Juli wird eine Entscheidung getroffen. Nur wenn genügend Unterstützung da ist, wird der Aktionstag durchgeführt als bundesweiter Aktionstag mit dezentralen Aktionen. Hendrik macht dazu einen Aufruf und initiiert den Entscheidungsprozess. Der Vorschlag findet große Zustimmung.**

### **TOP 2: Vorschlag der Vorbereitungsgruppe zur kommenden Ratssitzung**

Die Vorbereitungsgruppe für die Ratssitzungen möchte sich Klarheit darüber verschaffen, wie groß das Bedürfnis einerseits nach strategischer Diskussion andererseits nach Vernetzungstreffen bei den Ratssitzungen ist. Es wäre möglich, bei der nächsten Sitzung am Vormittag zwei getrennte Arbeitsgruppen einzurichten.

Auf die Frage „Wer würde voraussichtlich eher an einer strategischen Diskussion teilnehmen“ meldeten sich fast alle Ratsmitglieder.

Auf die Frage „Wer würde eher an einem Vernetzungstreffen teilnehmen“ meldeten sich 2 Ratsmitglieder.

(Die weitere Frage „Wer hätte Schwierigkeiten, sich zu entscheiden“ brauchte auf dieser Grundlage nicht mehr bewertet werden).

### **TOP 3: Anerkennungsantrag der AG Datenschutz und Überwachung sowie Bestätigung der AGen Genug für Alle, Finanzmärkte und Steuern, Globalisierung und Ökologie und EU**

#### Anerkennung der AG DatÜ

Abweichend von der TO soll es heute nicht um die Anerkennung als bundesweite AG gehen, sondern erst einmal Fragen und evtl. Einwände gesammelt werden, die dann von der AG weiter bearbeitet werden.

- Als problematisch gesehen wird die Verknüpfung von zwei unterschiedlichen Aufgabenfeldern in einer AG. Die internen Aufgaben des Datenschutzes sind keine Aufgaben einer bundesweiten AG, eher einer Rats-AG (oder Kokreis-Rats-AG). Die Aufgabe

im Blick auf den Überwachungsstaat könnte in einer politischen AG angesiedelt werden. Dazu sollte jedoch bedacht werden, welchen Stellenwert das innerhalb von Attac hat.

- Es gibt Bedenken, ob wir für weitere politische Themenfelder Energien frei haben. Einige genannte Unterthemen werden bereits in bestehenden AGen bearbeitet. Wäre es nicht sinnvoller, wenn neue Aktive sich dort mit einbringen.
  - Es gibt aber ebenso ein Votum dafür, dass eine AG zum Thema Überwachungsstaat außerordentlich wichtig ist. Der Zusammenhang zwischen neoliberaler Politik und Überwachungsstaat sollte dabei hergestellt werden.
  - Welches sind die Fachmenschen, die wir zu diesem Thema haben.
  - Die AG ist eigentlich zu spät am Start. Das neue BKA-Gesetz liegt auf dem Tisch, offenbar soll ein Nationaler Sicherheitsrat analog wie in den USA eingerichtet werden, und das Thema ist bisher an Attac vorbeigelaufen. Attac sollte sein Netzwerk für diesen Zusammenhang zur Verfügung stellen.
  - Datenschutzbelange innerhalb von Attac können nur von den Leuten überwacht werden, die vom Rat beauftragt sind.
- Christine nimmt die Anregungen mit in die AG.

### Bestätigung der bestehenden AGs

#### Zum Verfahren

Der Rat hatte ein Bestätigungs-Verfahren beschlossen, weil er feststellte, dass einige AGen nur noch formal bestehen und nicht mehr arbeiten. Das ursprüngliche Verfahren der Anerkennung galt unbegrenzt und hätte auch von neuen Aktiven mit neuen anderen Inhalten gefüllt werden können, ohne dass der Rat darauf Einfluss hätte nehmen können. Deshalb erschien es sinnvoll, sich alle 2 Jahre über die tatsächliche Arbeit zu informieren.

Wir brauchen dazu ein Verfahren und Werner schlägt vor:

Vorüberlegung: Der Konsens (zur Anerkennung) gilt für immer und kann nur im Konsens widerrufen werden – aber das funktioniert nicht. Wenn der Konsens überhaupt nicht mehr besteht, müsste eine komplette Neuankennung erfolgen. Wir brauchen eine Zwischenstufe, die folgendermaßen aussehen könnte:

**Die AGen stellen ähnlich wie bei der Anerkennung ihre Arbeit und Pläne vor. Der Rat überprüft, ob das noch der alte Konsens ist im Blick auf die grundsätzliche Anerkennung der jeweiligen AG. Wenn verschiedene Ratsmitglieder feststellen, dass die AG inzwischen etwas ganz anderes arbeitet als bei der ehemaligen Beantragung, kommt es zur Bildung einer Konsensfindungs-AG als Rats-AG; alle Meinungen müssen darin vertreten sein. Diese Konsensfindungs-AG erarbeitet einen gemeinsamen Vorschlag für das weitere Vorgehen. Wenn es so einen Konsensvorschlag gibt, sinkt die Zustimmungsquote im Rat auf 75%. Gibt es keinen Konsensvorschlag, braucht es einen Konsens von 90%.**

Anmerkung: Wenn es keinen Bericht von der AG gibt, dann ist die AG aufgelöst.

**Das Verfahren findet allgemeine Zustimmung.**

Im weiteren Verlauf tauchte das Problem auf, dass einige Ratsmitglieder dieses Verfahren so verstanden, dass auch bei grundsätzlicher Bestätigung einer AG die Gelegenheit genutzt werden kann/soll, um sich mit Mitgliedern der AG über deren Arbeit auszutauschen, Fragen zu stellen, Anregungen zu geben, ohne allerdings zu sehr ins Detail zu gehen. Andere wollten das Gespräch darauf begrenzen, Einwendungen gegen die Bestätigung der AG einzubringen. Eine Diskussion der Arbeit der AG sollte wenn, dann zeitlich an anderer Stelle und entsprechend vorbereitet stattfinden.

Der Rat hat diese Frage nicht grundsätzlich entschieden, ist in der aktuellen Situation jedoch so verfahren, dass in begrenztem Umfang Fragen und Anregungen geäußert werden konnten, die die Vertreter der AGen z.T. kurz beantwortet haben oder in ihre AGen mitgenommen haben. Vor der nächsten Bestätigungsrunde sollte dieses Problem geklärt werden. Es gibt dazu auch den Vorschlag, unabhängig vom Bestätigungsverfahren, pro Ratssitzung (entsprechend vorbereitet) mit ein bis zwei AGen ins Gespräch zu kommen und dabei auch Vernetzungen anzuregen.

## Bestätigung der AGen

### EU-AG (vertreten durch Stefan Hügel)

Niemand hat Bedenken über das Weiterarbeiten der AG, damit ist die AG bestätigt.

Fragen/Anregungen/Antworten:

- Frage nach den lokalen AGen und deren Vernetzung – eher durch die Teilnahme von einzelnen Vor-Ort-Aktiven an der bundesweiten AG. Es wäre wünschenswert, wenn es über die AG eine Vernetzung der Informationen über die örtlichen EU-AGen gäbe.
- Die Darstellung der Berücksichtigung des Gender-Aspekts fehlt (wie bei fast allen anderen AGen auch) – Bei der Wahl zu den Sprechern etc. waren keine Frauen zur Kandidatur bereit gewesen. Es wird demnächst Neuwahlen geben.
- 60 Jahre Nato: ist das euer Thema oder bleibt das beim Rat
- Frage zum Lissabon-Vertrag. Es ist bekannt, dass es dazu Differenzen in der AG gibt. Die EU-AG hat beschlossen, da der Vertrag sowieso nicht zu verhindern ist, keine weiteren Aktionen zu machen. Andere Gruppen wollten trotzdem etwas tun. Es besteht der Wunsch, dass auf diese Kontroversen im Bericht eingegangen wird. Daran anschließend die Frage, ob die aktuelle Unterstützung für ein No in Irland über die EU-AG oder über Einzelpersonen läuft. Die Partner in Irland vertreten z.B. in Steuersachen ganz andere Positionen als Attac – wie wird damit umgegangen. - Lissabon-Vertrag wird klar abgelehnt. Dissens in der Strategie besteht wie dargestellt. Die AG ist in die Unterstützung der irischen Aktivitäten eingebunden.

### AG Finanzmärkte und Steuern (vertreten durch Stephan Schilling)

Niemand hat Bedenken über das Weiterarbeiten der AG, damit ist die AG bestätigt.

Weitere Infos über die Arbeit:

Es gibt eine Ausstellung zum Thema Steuer-Oasen. Diese kann angefordert werden (Silke Oetsch. ) Gearbeitet wird an einer Zitatensammlung zur Schließung der Steuer-Oasen um darauf später zurückgreifen zu können. Zum Thema Finanzkrise gab es vorübergehend Schwierigkeiten, sich dazu zu äußern, das ist jetzt aufgearbeitet und es geht jetzt um längerfristige Strategien. Es ist in der AG nicht klar, wie es mit der Krise weitergeht und wo sich künftig Anknüpfungspunkte ergeben. Weitere Vorhaben sind ReferentInnenschulung und Bündnisprojekt mit Kirchen und Gewerkschaften sowie intensiviertere Zusammenarbeit auf europäischer Ebene.

Dank für die geleistet Arbeit. – Weiter so –

### AG Genug für Alle (vertreten durch Werner Rätz)

Niemand hat Bedenken über das Weiterarbeiten der AG, damit ist die AG bestätigt.

Weitere Infos über die Arbeit und Anfragen:

Es besteht die Schwierigkeit, dass der Konsens über die Arbeit innerhalb der AG (z.B. zum bedingungslosen Grundeinkommen) kein Konsens in Gesamt-Attac ist. Die AG macht dies nach außen auch deutlich. Die überwiegende Propagierung des bedingungslosen Grundeinkommens und die Vernachlässigung anderer Positionen ist trotzdem problematisch, wie ein Ratsmitglied anmerkt. Innerhalb von Attac gibt es Auseinandersetzungen (mehr als außerhalb) darüber, inwiefern soziale Themen mit zu unseren Aufgaben dazugehören. In der Gesellschaft gibt es ein Diskussionsbedürfnis über gesellschaftliche Infrastruktur. Mit Gewerkschaften und Kirchen gibt es Kontakte zum Thema Kinder- und Altersarmut. Gibt es zur AG Arbeit-fair-teilen Kontakte? – Seit dem abgeschlossenen Anerkennungsverfahren der AG Arbeit-fair-teilen gibt es weniger Kontakte. Auf den Maitagen gab es eine gemeinsame Veranstaltung. Die getroffenen Vereinbarungen tragen aber durchaus noch.

Die „AG Globale soziale Rechte“ ist eine AG des Rates, die sich geöffnet hat – keine bundesweite AG. Die Zukunft, evtl. als Projekt-AG, wird noch geklärt.

Die AG Soziale Sicherungssysteme bearbeitet eigenständig aber im Kontakt ein eng umgrenztes Themenfeld und ist in der letzten Zeit wieder aktiver geworden.

AG Globalisierung und Ökologie (vertreten durch Chris Methmann)

Niemand hat Bedenken über das Weiterarbeiten der AG, damit ist die AG bestätigt.

Weitere Anmerkungen:

Im Fokus steht das Thema Klimagerechtigkeit. In der Arbeit spielt der Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit durchaus immer wieder eine Rolle.

Es gibt sehr viele Überschneidungen mit dem Thema globale soziale Rechte und es wäre notwendig, dass die AGen sich einmal vernetzen.

**TOP 5: Verschiedenes**

Hinweis von Andreas : Das Institut für Weltwirtschaft in Kiel macht eine Veranstaltung in Plön und dazu könnte es eine „Attac-Begleitveranstaltung“ geben.

Anfrage von Dorothea: Gibt es Leute, die Veranstaltungen oder Busangebote oder anderes für das ESF anbieten wollen.

Besonderer Hinweis auf das tolle Kultur-Programm auf der ESU.

12.06.2008

Marlene Werfl

# Anhang

## Konkrete Schritte gegen Privatisierung, angefangen in Leipzig

1. **Unter dem Motto "Privatisierungswahn stoppen"** reisten am 03.05.08 Vertreter der Privatisierungsgegner-Initiativen aus der ganzen Bundesrepublik zur **erstem gemeinsamen Vernetzungstreffen** nach Leipzig. Die Teilnehmenden kamen aus Berlin, Braunschweig, Chemnitz, Düsseldorf, Frankfurt, Freiburg, Halle/Saale, Hamburg, Heidelberg, Hannover, Leipzig, Mühlheim, München, Uetersen, Zeulenroda. Sie verständigten sich auf eine gemeinsame Informationsplattform und formulierten die "Leipziger Erklärung". Organisiert wurde das Treffen am Rande der Maitage v.a. von Mike Nagler und anderen Leizigern. Über drei Viertel der Anwesenden auf dem ersten Vernetzungstreffen waren keine Attacies, womit schon mal eine gute Grundlage für ein breiteres Bündnis gelegt wurde. (Die „Leipziger Erklärung“ findet ihr im Anhang.)

2. **Im Rahmen der Maitage von attac** fanden zusätzlich zu dem Vernetzungstreffen eine Podiumsdiskussion und mehrerer Arbeitsgruppen zu dem Thema statt. Eine ad hoc eingerichtete Gruppe auf dem **Ratschlag** konnte einige Ideen nun konkretisieren. Teilgenommen hatten Attacies aus Fankfurt, Berlin, Vogtland, Augsburg, Feiburg, Bayreuth, Marburg, Bonn, Schorndorf/Stuttgart, Darmstadt, Lindau, Leipzig, Saarbrücken, Plaeun, Gießen und München.

Hier die **Pläne in aller Kürze**:

1. Die Leipziger Attacies, unterstützt durch Marburger nehmen sofort die Erstellung eines **Wikis** und einer Website in Angriff, darin enthalten sein soll auch eine Datenbank von Erfahrungen und konkrete Kontaktpersonen. Hier das gerade eingerichtete Wiki: <http://pcai003.informatik.uni-leipzig.de/~graebe/pws/index.php5/Hauptseite>, es wartet auf Nutzung und Ergänzungen.

2. Attacies aus Leipzig und Lindau (+ weitere?) entwerfen ein "**Drehbuch der Privatisierung**", das ein ähnlich peppiges Outfit bekommen soll wie der "Reiseplan" in der Bahnkampagne.

3. Am oder um den 3. Oktober soll ein "**Globaler Aktionstag des öffentlichen Eigentums**" (Titel noch nicht festgelegt) initiieren werden. Der 3.Oktober scheint besonders geeignet, da dort ja die größte Privatisierung unseres Landes, der Ausverkauf des DDR Vermögens durch die Treuhand gefeiert werden soll. Dennoch sollte der Termin noch überdacht werden. Trotz seines lokalen, dezentralen Charakters, der keiner Gruppe die Fantasie beschneiden soll, wurde vorgeschlagen, eine Forderung in der Vordergrund zu stellen: **Offenlegung aller Geheimverträge!** Jede Art von Privatisierung erfolgt mit Geheimverträgen, der Berliner Wassertisch zog nach der Ablehnung seines Volksbegehrens zur Offenlegung der Verträge beim Verkauf der Berliner Wasserbetriebe vor das Landesverfassungsgericht. Dessen Urteil wird exemplarischen Charakter für alle Privatisierungen haben, deshalb soll das Thema in der ganzen Republik (PRD - Privatisierte Republik Deutschland) zur öffentlichen Debatte gemacht werden.

4- **Weitere, v.a. internationale Aktivitäten** sind geplant sowohl im Rahmen der ESU als auch auf dem ESF. Auf der Ratssitzung sollten mögliche Kooperationen angeregt werden.

Dorothea Härlin

Vorrede:

In aller Eile ein paar Thesen für den Attac-Rat im Juni 2008.

Viele Felder sind noch nicht einmal gestreift.

Daher: es gilt das gesprochene Wort ;-).

Phase II:

In die Offensive gehen –

## **Von Antiprivatisierungskämpfen zur Demokratisierung**

### **I. Öffentliche Dienstleistung sind eine zentrale thematische Säule von Attac**

Das Thema (öffentliche) Dienstleistungen und ihrer Privatisierung ist eine der zentralen Themenachsen von Attac.

Ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit zu haben seien hier folgende Kampagnen oder Schwerpunkte aufgeführt: GATS-Kampagne, Bahn-Kampagne, Stromkonzernkampagne, unüberschaubar viele lokale, zum Teil siegreiche Aktivitäten im Bereich Antiprivatisierung (Stadtwerke, Wasser – letzteres auch im Rahmen der EPA-Speakerstour - etc.).

Die Privatisierungskritik von Attac bezieht sich allerdings nicht nur auf den Service Public, sondern auch auf soziale Sicherungssysteme (Gesundheitswesenskampagne, Beteiligung an Hartz IV-Protesten, Debatte um bedingungslose Grundrente) und die Commons/Allmende (Wissen/Patente, Gentechnik, Zugang zu Land/Aktivitäten des Agrarnetzes). Diese werden ebenfalls in den Dynamiken der neoliberalen globalisierten Enteignungsökonomie (Zeller/Harvey) restrukturiert.

Nicht von ungefähr lautet ein Motto welches zum „Gründungsbestand“ globalisierungskritischer Aussagen gehört: „Die Welt ist keine Ware!“.

Die Frage „Wem gehört die Welt?“, die Frage nach unterschiedlichen Formen von Eigentum und dessen Kontrolle ist daher manchmal explizit, manchmal implizit ein roter Faden in der Arbeit von Attac.

### **II. „Totgesagte leben länger“ – Der Neoliberalismus ist in einer Krise, privatisiert wird trotzdem**

Mit der Krise des Neoliberalismus gerät auch das Privatisierungsdogma unter Druck. In Venezuela und Bolivien spielt Verstaatlichung eine große Rolle. Weltweit gab und gibt es erfolgreiche Antiprivatisierungskämpfe sozialer Bewegungen. Und selbst in Neuseeland wurde die Bahn vor kurzem wieder in die öffentliche Hand geholt. Die Leipziger Attac-Gruppe war entscheidend mit an dem erfolgreichen Bürgerbegehren gegen die Privatisierung der Stadtwerke beteiligt.

Auf einer anderen Ebene spielen Staatsfonds und staatliche Energiekonzerne eine zunehmend wichtige Rolle.

Dennoch rollt die Privatisierungswelle weiter. Abgesehen davon, dass schon sehr viel privatisiert ist und die Privatisierungswelle deshalb z.Z. etwas schwächer aussieht, kommen „neue“ Sektoren unter Druck – z.B. Krankenhäuser (da steht der Angriff wohl noch am Anfang), Bildungssektor, Bundeswehr (USA und GB sind hier schon viel weiter) und die öffentliche Verwaltung an sich. **Kommodifizierung von Leben und Lebensprozessen.**

### **III. Rein defensive Antiprivatisierungskämpfe reichen nicht mehr**

Auch wenn keine Entwarnung gegeben werden kann, stehen aktuelle

Antiprivatisierungskämpfe wie oben skizziert vor einer neuen Situation: Das „There is no alternative“-Prinzip ist in vielen Fällen gebrochen und vor allem

Antiprivatisierungsauseinandersetzungen sind gewinnbar. (?) Im Kontext von Auseinandersetzungen gegen Privatisierung entwickelt sich neben der Kritik am neoliberalen New Public Management Dogma der Privatisierung etc. häufig auch ein Diskurs, der sich mit der bisherigen Form öffentlicher Dienstleistungen beschäftigt. Denn die aktuelle Form der (noch) öffentlichen Dienstleistungsunternehmen ist geprägt durch obrigkeitsstaatliche Muster von Residualmechanismen repräsentativ-demokratischer Kontrolle, die öffentliche Unternehmen oft zur Beute von Parteiseilschaften haben werden lassen und zum zweiten von weiteren Elementen des New Public Managements wie Kommerzialisierung/Internationalisierung/Outsourcing etc. Zur Privatisierungskritik gesellt sich daher eine Kritik von öffentlichen Formen von Dienstleistungsunternehmen, da ihre Struktur es a.) offensichtlich nicht verhindern konnte, dass privatisiert/kommerzialisiert wurde oder ihre Anfälligkeit dafür in Zukunft geringer wird (schönes Beispiel ist natürlich die Bahn), b.) stellt es sich heraus, dass nach einer gewonnenen Antiprivatisierungsschlacht das „gerettete“ öffentliche Unternehmen auch nicht unbedingt sozial, arbeitnehmerfreundlich, ökologisch oder transparent funktioniert. Fazit: Privatisierung ist Mist und status quo öffentliche Unternehmen in vielen Fällen auch.

#### VI. In die Offensive – Mehr Demokratie wagen

Antiprivatisierungskämpfe gilt es daher auf eine neue Stufe zu heben. Kritik und Defensiv-Auseinandersetzungen reichen nicht mehr, es gilt offensiv Alternativen zu benennen. Und wie schon angedeutet passiert an vielen Orten genau das: Wo Bürgerinnen und Bürger die Frage öffentlicher Dienstleistungen aufgreifen, wollen sie die Dinge in die eigene Hand nehmen und demokratischere Formen durchsetzen und das Feld politisieren.

Demokratisierung würde bedeuten mindestens repräsentativ-demokratische Verfahren auf öffentliche Unternehmen zu übertragen (Grenoble, Cochabamba, Sacramento...) und/oder direkt-demokratische Mechanismen zu entwickeln (Porto Alegre...). Das alles bedeutet nicht den Sprung in den Kommunismus oder das kreativ-bunte Öko-Paradies, was in diesem historischen Moment mir auch nicht wirklich möglich erscheint, sondern lediglich aber tatsächlich den Versuch einer Ausweitung des demokratischen Dispositivs mittels bürgerlich-demokratischer Formen auf neue Felder. Wenn aber das geschähe (und einher ginge mit einer weitgehenden Dekommodifizierung der betreffenden Dienstleistungssektoren) wäre viel gewonnen. „Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der...“ – den eigenen Namen ernst nehmen.

#### V. Ohne Demokratisierung keine Emazipation

In aller Kürze scheint es Sinn zu machen, die Frage von öff. Dienstleistungen und Privatisierung noch einmal historisch zu betrachten.

In der Nachkriegszeit waren universelle günstige öffentliche Dienstleistungen als eine Säule des Wohlfahrtsstaates ein integraler Teil des korporatistischen Klassenkompromisses zwischen Kapital und Arbeit. Grundlage dafür waren starke Gewerkschaften in Verbindung mit einer starken Sozialdemokratie. Dieser Kompromiss war durch internationale Regulierung und die Bipolarität des Ost-Westkonfliktes abgestützt. Günstige öff. Dienstleistungen waren zentral darin den Lebensstandard der Menschen zu erhöhen und ihnen große Teile des Einkommens für den Konsum anderer Güter zu überlassen.

Mit den Privatisierungswellen seit den 80er Jahren wurde dieses System zerschlagen. In der BRD im wesentlichen seit den 90er Jahren. Das Öffentliche wurde durch das Private okkupiert. Die neoliberalen Blockparteien konnten mit ihren Privatisierungsprojekten einen Durchmarsch machen. Die Grundlage dafür war die obrigkeitstaatliche Verfasstheit des lokalen Staates über die öffentlichen Dienstleistungen, denn diese gehörten keineswegs den BürgerInnen, sondern den entsprechenden Herrschenden in Verwaltung und Parteien.

Die Frage ist, wie man aus diesem Schlamassel von privatisierten und öffentlich-undemokratischen Dienstleistungen hinauskommt. Ein „zurück“ zu einem imaginierten „guten“ öffentlichen Dienstleistungssektor wie zu Hochzeiten der Wohlfahrtsstaatlichkeit wird es nicht geben, auch wenn viele neo-sozialdemokratische Stimmen dies bisweilen fordern, da die Kräfteverhältnisse/der Klassenkompromiss nicht mehr existiert, der dies tragen könnte. Den kann man sich auch nicht einfach zurückwünschen. Als sinnvoller Weg erscheint mir daher, auf den vorhandenen emazipatorischen (bürgerlichen) Kräften aufzubauen. Potentiale für eine soziale und ökologische Infrastruktur können daher nur über eine Politisierung des Feldes mit Hilfe dieser Kräfte erfolgen. Mittels der (weiteren) Aneignung des Demokratie-Begriffs als Kampfbegriff kann so notwendiges Gelände gewonnen werden. Diese Attac-Politik wäre sowohl anti-neoliberal als auch anti-(neo)-sozialdemokratisch. Diese anti-sozialdemokratische Perspektive erscheint auch daher fruchtbar, weil die sozialdemokratische Position in der BRD, die Attac strukturell von 2000-2007 besetzt hatte (?) nun von einem neuen Akteur eingenommen wurde. Und auch wenn Attac diese Position - durchaus begründet - nicht völlig räumen sollte, so gibt nun neue Fronten.

Alexis Passadakis, Juni 2008

## **Thesen zum Thema Privatisierung für die Sitzung des Attac-Rats am 07. Juni 2008**

### **A. Zu den Begriffen „Eigentum“ und „Privatisierung“**

In der Diskussion um Privatisierungen werden drei unterschiedliche Formen von Eigentum gegenübergestellt:

1. Privateigentum als Ansammlung von Dingen mehr oder weniger für den eigenen Gebrauch („persönliches Eigentum“).
2. Privateigentum an Produktionsmitteln im weitesten Sinne. Dieser „Kapitalbesitz“ kann zu einer unkontrollierten Gewinnmaximierung führen.
3. Öffentliches Eigentum, wozu die Institutionen der öffentlichen Daseinsvorsorge gehören (Verkehr, Wasser, Bildung, Gesundheitswesen...), aber auch Natur, Wissen und unser Planet schlechthin. Im Grundgesetz wird der Begriff des „öffentlichen Eigentums“ als „Gemeineigentum“ bezeichnet. Dieser Begriff verdeutlicht, dass es sich um das Eigentum aller handelt und dass Privatisierung die Enteignung aller bedeutet.

### **B. Privatisierung und internationale Abkommen**

Die wachsende Privatisierung von Gemeineigentum ist die direkte Folge des von der EU und der WTO vorangetriebenen GATS-Abkommens sowie der Richtlinien der EU. GATS verlangt die Öffnung des Marktes für den Handel mit buchstäblich allen Dienstleistungen, wozu diese zunächst privatisiert werden müssen. Darüber hinaus sorgt GATS für die Verarmung der Länder der dritten Welt. Die EU schränkt durch Subventionsverbote und Regelungen für Unternehmen der öffentlichen Hand (z.B. Abschaffung der Gewährträgerhaftung für öffentliche Banken und Sparkassen) sowie die Missachtung sozialer Errungenschaften die Daseinsvorsorge europaweit ein.

Im Vertrag von Lissabon verpflichtet sie die Staaten zur Ausweitung der Liberalisierung.

### **C. Privatisierung und Überwachung**

Die Privatisierungswelle steht in Zusammenhang mit der Entwicklung zum autoritären oligarchischen Staat. Unter dem Vorwand von „mehr Sicherheit“ schränkt er die bürgerlichen Freiheiten massiv ein, was ein Aufbegehren alternativer politischer Kräfte erschwert, bietet den Konzernen aber unter anderem durch eine lobbyistische Vernetzung von Politik und Wirtschaft gleichzeitig die Möglichkeit, ihre Freiheiten auszuweiten und als gesellschaftliche Definitionsmacht aufzutreten.

### **D. Privatisierung und Demokratie**

Privatisierung von Gemeineigentum bedeutet Enteignung, und zwar nicht nur die Enteignung von Besitz, sondern auch die Enteignung von Einfluss, Mitbestimmungs- und Handlungsmöglichkeiten der BürgerInnen, also Abbau von Demokratie. Zugleich bedeutet sie den Abbau demokratischer Institutionen, die vorläufig den Rahmen für solche Handlungsmöglichkeiten bieten. (siehe auch Barbara Volhard: „Privatisierung und Demokratie“ in der Anlage)

### **E. Privatisierung und das Grundgesetz**

Die Privatisierung von Gemeineigentum, wie sie derzeit vorgenommen wird, entspricht nicht der ursprünglichen Intention des Grundgesetzes. (Der Brockhaus von 1972 definiert als „Ziel der Privatisierung die Bildung privaten Vermögens auf möglichst breiter Basis, besonders in Arbeitnehmerhand.“) Art. 14 GG garantiert das Eigentum, legt die Sozialpflichtigkeit des Eigentums fest und macht Enteignung ausdrücklich vom Allgemeinwohl abhängig. Art. 18 GG stellt den Missbrauch des Eigentums zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung unter Strafe. Art. 20 GG sichert das Recht zum Widerstand dagegen und bietet die Basis für den Kampf für ein Abstimmungsgesetz (siehe die erwähnten GG-Artikel unten).

## F. Handlungsmöglichkeiten

Der Erhalt von Gemeineigentum, um den Einfluss und die Mitbestimmung der BürgerInnen zu gewährleisten, ist Grundlage einer demokratischen partizipativen Gesellschaft (hierzu kann auch die Rekommunalisierung zählen).

Folgende handlungsspezifische Aspekte sollten diesbezüglich herausgesellt werden:

1. Es muss immer auf den internationalen Zusammenhang verwiesen werden, auch wenn direkte Aktionen eher auf lokale oder nationale Missstände zugeschnitten sind.
2. Die verschiedenen Formen von Privatisierung müssen erkannt und gegebenenfalls verhindert werden. Dazu gehören die materielle Privatisierung, also der Verkauf staatlicher Unternehmen an private Investoren, das Cross-border-Leasing, die grenzüberschreitende Vermietung (es sind 150 Kommunen [Stand 2004], die solche Geschäfte mit einem Gesamtvolumen von 36 Milliarden Euro abgeschlossen haben), und die funktionale Privatisierung, also Public Private Partnership (PPP), die Beauftragung privater Unternehmen mit Aufgaben, die vorher von staatlichen Einrichtungen erfüllt wurden, wobei die Gewährleistungsverantwortung für die zu erbringende Leistung allerdings bei der öffentlichen Verwaltung bleibt. Vielfach nicht erkannt geschweige denn bekämpft wird die formelle Privatisierung oder Organisationsprivatisierung: Die Umwandlung von Unternehmen mit öffentlich rechtlicher Rechtsform in ein Unternehmen mit privatrechtlicher Rechtsform (in Deutschland: GmbH, AG), die für die Verkaufbarkeit des Unternehmens Voraussetzung ist. Sie wird häufig nicht als Gefahr wahrgenommen, weil die öffentliche Hand hierbei immer noch die Anteile an diesem Unternehmen selber hält, und das manchmal auf Jahre hinaus, wie z.B. bei der Bahn AG. Besonders auf der kommunalen Ebene gibt es eine Vielfalt verschiedener Formen der Organisationsprivatisierung in den unterschiedlichsten Schattierungen, und es ist zwingend, gegen die ganze Palette anzugehen.
3. Die Aberkennung des Status der Gemeinnützigkeit für Institutionen, die diese Gemeinnützigkeit zur reinen Gewinnmaximierung mißbrauchen sollte auf der Agenda von Attac ganz oben stehen. (Beispiel Bertelsmann-Stiftung).
4. Die Rolle, welche die mit den unterschiedlichen Privatisierungen zusammenhängenden Geheimverträge spielen, muss bekannt gemacht werden.
5. Unterschiedliche juristische Möglichkeiten müssen ausgelotet werden. Die Verfassungsklage des Berliner Wassertischs gegen Geheimverträge ist ein gutes Beispiel dafür. Darüber hinaus sollte geprüft werden, ob es möglich ist, auf der Basis von Art. 20 GG ein Abstimmungsgesetz zu erzwingen, notfalls eingeschränkt auf zwei Fälle, nämlich verpflichtende Volksabstimmungen
  - über alle Privatisierungen, sowohl auf Bundes- als auch Landes- und kommunaler Ebene
  - über internationale Verträge, die das Grundgesetz einschränken, wie z.B. der Vertrag von Lissabon.
6. Attac muss Verbündete gewinnen, insbesondere auch die Gewerkschaften. In Norwegen konnte die Gewerkschaftsbewegung die privatisierungsfreundliche öffentliche Wahrnehmung ins Gegenteil verkehren! Auch die deutschen Gewerkschaften sollten erkennen, dass der Abbau von Demokratie durch Privatisierungen notwendig auch die Aushöhlung wenn nicht gar Abschaffung der Tarifautonomie zur Folge haben wird und damit ihre eigene Existenz bedroht ist.
7. Die neoliberale Privatisierungsideologie muss angegriffen und Gegenentwürfe müssen bekannt gemacht werden. Gerne wird den BürgerInnen eingeredet, dass „privat“ grundsätzlich als sozio-ökonomisch effektiv und „öffentlich“ grundsätzlich als sozio-ökonomisch ineffektiv bewertet werden müsste. Das Prinzip „Angebot bestimmt Nachfrage“ kann aber auch umgedreht werden: die an den Bedürfnissen Aller orientierte Nachfrage muss das Angebot unter globalem Bezug bestimmen. In einem basisdemokratischen partizipativen Prozess sollte entschieden werden können,

was unter lebensnotwendiger Daseinsvorsorge zu verstehen ist. Sie sollte entweder kostenlos oder zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung stehen.

8. Eine konzertierte Aktion ist anzustreben. Nur sie wird letztlich Demokratie – in welcher Form auch immer – ermöglichen. (siehe den Vorschlag von Hendrik Auhagen). Privatisierung ist DER archimedische Punkt, an dem hierfür der Hebel angesetzt werden kann. Hier läuft alles zusammen: die Eigentumsverhältnisse, die Sozialpflichtigkeit des Eigentums, die Daseinsvorsorge, das Sozialstaatsprinzip und die Demokratie.

### **Anhang: Einige Grundgesetzartikel, die in engem Zusammenhang mit dem Begriff des „Eigentums“ stehen:**

#### **Artikel 14**

(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.

(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

#### **Artikel 15**

Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Absatz 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

#### **Artikel 18**

Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Absatz 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Absatz 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

#### **Artikel 20**

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

## Privatisierung und Demokratie

Das Allgemeine Abkommen für den Handel mit Dienstleistungen (GATS) betrifft zentrale Bereiche der Daseinsvorsorge wie z.B. Wasser, Gesundheit, Bildung und alle Sozialleistungen, die bisher in der öffentlichen Hand liegen. Sie sollen alle für internationale Anbieter geöffnet werden, und das heißt, für Kauf und Verkauf freigegeben werden. Dafür müssen sie privatisiert werden. Die globalen Dienstleistungsmultis erwarten sich Milliarden Gewinne, wenn dieser Bereich für ihre privaten Investitionen geöffnet wird. Deshalb sind Privatisierung und Liberalisierung bzw. Deregulierung die Basis dieses GATS-Abkommens. Es wird von der WTO und ganz besonders von der EU vorangetrieben.

Um jedoch das ganze Ausmaß der Gefahr zu erkennen, die diese Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik ausmacht, lohnt es sich, diesen Prozess, in dem wir stecken, einmal konsequent bis zu Ende zu denken. Am deutlichsten kann das werden, wenn wir die Sache anhand einiger Verfassungsorgane der deutschen Demokratie betrachten, z.B. den Kommunalverwaltungen. Die könnte man problemlos alle privatisieren, die Kommunalverwaltung von Würzburg macht es bereits vor. Wozu braucht es dann noch Gemeinderäte? Was auf kommunaler Ebene geht, wird doch wohl auch auf Landesebene gehen: also vergeben wir doch die Landesregierungen auch an Arvato und schaffen die Landesparlamente ab! Das wird eine höchst sparsame (?) Angelegenheit: Verschlankung des Staates nennt man das.

Und im Bund? Das gucken wir uns mal etwas genauer an. Wir hatten z.B. mal ein Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen. Es ist mit der Privatisierung der Post und der Telekommunikation klanglos in der Versenkung verschwunden. Betrachten wir einmal, was aus den Ministerien des Bundes nach der Privatisierung und Liberalisierung aller Dienstleistungen werden könnte. Spielen wir "Zehn kleine Negerlein".

Wir haben **14 Bundesministerien**. Wenn nun Forschung und Bildung an den Bertelsmannkonzern geht, Ernährung und Landwirtschaft an Gentechnik-Konzerne, die Gesundheit an Pharma-Konzerne, Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung an Baukonzerne, die Arbeitsagenturen an den McKinsey-Konzern, und wenn alle Sozialdienste für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ebenfalls privatisiert werden, dann können schon mal sechs Ministerien wegfallen. **Da sind es nur noch acht.**

Wenn nun noch die Gesetze zu Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit, Wirtschaft und Technologie dereguliert werden, haben die beiden Ministerien nichts mehr zu tun, also weg damit. Da sind es nur noch sechs. Entwicklungshilfe und Außenpolitik kann die EU übernehmen. **Da sind es nur noch vier.**

Auch das Verteidigungsministerium steht auf wackligen Füßen. In den USA gibt es ja bereits private Armeen, die jetzt schon im Irak und in Afghanistan eingesetzt werden. Was liegt also angesichts der Ausblutung der öffentlichen Hand näher, als sich das teure Institut Bundeswehr vom Halse zu schaffen und zu verkaufen? Und dann können die Rüstungskonzerne die Privatarmeen dieser Welt übernehmen und bestimmen, wo und wann sie eingesetzt werden.

**Da sind es nur noch drei:** das Innenministerium, das Finanzministerium und das Justizministerium. Sie werden auch in einer Diktatur der Konzerne bleiben. Das Finanzministerium wird weiter benötigt werden zur Eintreibung von Steuern und zur Verteilung von Subventionen an die Konzerne.

Auch auf das Innenministerium kann nicht verzichtet werden. Schließlich braucht eine ordentliche Diktatur auch eine Behörde, die Regimegegner (bald sicher nur noch Terroristen genannt) findet und verhaftet. Denn natürlich produziert die durch die Privatisierungen eingeschränkte Mitbestimmung Widerstand, und dem muss vorgebeugt werden. Dazu ist intensive Überwachung

aller BürgerInnen durch Geheimdienste und Polizei notwendig, am besten miteinander verknüpft in einer Geheimen Staatspolizei, abgekürzt: Gestapo. Aus der historischen Erfahrung mit der Gestapo haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes hohe Schranken zwischen Geheimdiensten und Polizei errichtet. Bereits Otto Schily hatte begonnen sie einzureißen – und Wolfgang Schäuble ist dabei, das Werk zu vollenden.

Auch das Justizministerium wird gebraucht werden. Die deutsche Justiz hat im Dritten Reich bewiesen, wie ausgezeichnet sie sich an jede Art der Diktatur anpassen kann, sie wird auch der Diktatur des Kapitals dienen. Schließlich müssen Regimegegner und Terroristen verurteilt werden. Da die Justiz aber jetzt schon nicht alle Verfahren schafft, wird es Lager geben müssen, in die man alle Verdachtsfälle stopft, gleichgültig ob schuldig oder unschuldig, so etwas gibt es schließlich in jeder anständigen Diktatur. Sie werden GCs heißen nach ihrem Vorbild, dem Guantanamo Camp, das es inzwischen nicht nur auf Kuba gibt, sondern auch im Irak und anderswo. Natürlich gibt es keine Anklage, auch können Anwälte nicht zugelassen werden, und das Aufnahmealter beginnt bei 12 Jahren.

Das Wichtigste ist natürlich, dass die kommende Diktatur schleichend eingeführt wird, damit wir's nicht merken. Wir kennen die Geschichte von dem Frosch, der ins kochende Wasser gesetzt sofort wieder herausspringt, der aber die Gefahr in kaltem und langsam erhitztem Wasser nicht erkennt und weich gekocht wird. Auch wir gewöhnen uns schon: an Lauschangriff, Rasterfahndung, Telefon-, Online- und Wohnungsüberwachung, Videoüberwachung auch in den Schlafzimmern der Nachbarn von Terrorismusverdächtigen und jetzt kommt noch Geruchsüberwachung dazu. In Bayern will die CSU-Staatsregierung ein neues Versammlungsgesetz mit verschärften Regularien beschließen lassen. Angela Merkel träumt von einem Nationalen Sicherheitsrat nach USA-Vorbild. Bald wird die Nanotechnologie es möglich machen, dass sie uns allen kleine Mikrofönchen in die Kleidung applizieren. Von solchen Verhältnissen konnte die Gestapo oder die Stasi nur träumen.

Was fehlt noch zu einer Diktatur? Ach ja, Propaganda. Sie durchdringt bereits jetzt sämtliche Lebensbereiche bis in den hintersten Winkel der Welt, sie heißt nur nicht mehr so. Heutzutage heißt sie Werbung. Wie sehr sie uns alle bereits im Griff hat, ist uns zumeist nicht bewusst. Wie wichtig den Konzernen die Werbung ist, kann man an der Steigerung ihrer Ausgaben dafür ablesen: So investierte Nike 1985 noch ca. 10 Millionen Dollar dafür, 1997 bereits 500 Millionen Dollar. Der Disneykonzern steigerte seine Werbeausgaben im gleichen Zeitraum von 150 Millionen Dollar auf 1.250 Millionen Dollar, also 1,25 Milliarden. Solche Beträge würden wohl kaum eingesetzt, wenn das keine Wirkung hätte. (neuere Zahlen habe ich leider nicht, aber diese sind ja auch schon eindrucksvoll)

In unserem Grundgesetz steht: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ (Art. 20). Es ist unsere Aufgabe dafür zu sorgen, dass das nicht vergessen wird. Wir sind das Volk! Kein Staat kann uns beherrschen, wenn wir das nicht wollen und auch deutlich machen. In Bolivien musste aufgrund des Widerstands des Volkes die Privatisierung des Wassers wieder rückgängig gemacht werden. Genauso musste in Argentinien die Privatisierung der Bahn teilweise, die der Post und des Wassers ganz wieder aufgehoben werden. Neuseeland kauft jetzt seine Bahn wieder zurück (ein Verlustgeschäft, aber privatisiert wäre sie wohl noch teurer). Volksentscheide in Deutschland haben Privatisierungen verhindert. Auch das Beispiel des DDR-Volks hat uns gezeigt, dass Widerstand möglich ist. Wir müssen die Größe der Gefahr erkennen und unser Recht auf Widerstand auf breiter Front ausüben.

Deshalb ist Privatisierung ein zentrales Thema für Attac. Es ist DER archimedische Punkt, an dem der Hebel für eine andere Welt angesetzt werden kann. Hier läuft alles zusammen: die Eigentumsverhältnisse, die Sozialpflichtigkeit des Eigentums, die Daseinsvorsorge, das Sozialstaatsprinzip und die Demokratie – bei uns und weltweit. Die Voraussetzung ist günstig: das Thema gerät mehr und mehr ins Bewusstsein der Menschen, und zwar aller Schichten und bis tief in konservative Kreise hinein, die das genau so kritisch sehen wie wir. Mit der Bahnkampagne und der Stromkonzernkampagne sind wir auf dem richtigen Weg. Aber wichtig ist auch der

Kampf auf Landes- und kommunaler Ebene. Hier sind die Verhältnisse überschaubarer, die Menschen ansprechbarer. Packen wir es also an!

*» Lang ist der Weg zur Befreiung der Menschen vom Unglück des Privatbesitzes und den um seinen willen begangenen historisch-materiellen Verbrechen. Länger noch der der Befreiung von den Entstellungen und Verstümmelungen, die er ihrem Geist und ihrer Seele zugefügt hat.«* (Aus: Mose Zuckermann: Zeit der Lemminge, Passagen Verlag, Wien 2007)